Vereinbarung über die Anerkennung und Zuordnung der Lehrerausbildungsgänge der ehemaligen DDR zu herkömmlichen Laufbahnen
(Beschluß der KMK vom 7. 5. 1993) — Lösungsvorschläge für bestimmte nicht durch Ziffer 2 der Vereinbarung erfaßte Personengruppen
(Beschluß der Kultusministerkonferenz vom 8. 9. 1995)

1.


2.

Mit dieser sogenannten „Greifswalder Vereinbarung“ hat die Kultusministerkonferenz eine wichtige Regelungslücke im Gesamtkomplex der Anerkennung und Einstufung von in der ehemaligen DDR oder von in den neuen Ländern ausgebildeten Lehrkräften geschlossen. Insgesamt sind für diese Materie jetzt vier Bildungsgemeinschaften einschließlich:

a) „Gegenseitige Anerkennung von Lehrämterprüfungen und Lehrambtesbefähigungen“ (KMK-Beschluß vom 3. 10. 1990)


---

1) Abgedruckt unter Beschuß Nr. 719
2) Abgedruckt unter Beschuß Nr. 715

KMK Erg.-Lfg. 92 November 1995
b) „Vereinbarung über die gegenseitige Anerkennung von Lehramtsprüfungen nach Recht der Länder Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen“ (KMK-Beschluß vom 26. 6. 1992)\(^3\)

Diese Vereinbarung regelt die Anerkennung von Abschlüssen und Befähigungen solcher Lehrkräfte, die ihre Ausbildung noch in der ehemaligen DDR begonnen, jedoch in einem der neuen Länder nach neuem Recht abgeschlossen haben bzw. abschließen werden.

c) „Vereinbarung über die Anerkennung und Zuordnung der Lehrerausbildungsgänge der ehemaligen DDR zu herkömmlichen Laufbahnen“ (KMK-Beschluß vom 7. 5. 1993)\(^4\)

Diese „Greifswalder Vereinbarung“ (s. o.) bezieht sich ausschließlich auf Lehrkräfte, die in der ehemaligen DDR vollständig ausgebildet wurden und derzeit im Dienst eines der neuen Länder bzw. Berlins stehen; diesen wird die Möglichkeit eingeräumt, Vorbereitungsdienst und Zweite Staatsprüfung durch Bewährung in der Tätigkeit als Lehrerin bzw. als Lehrer zu ersetzen.

d) „Vorläufige Grundsätze zur Anerkennung von auf dem Gebiet der ehemaligen DDR erworbenen Lehramtsbefähigungen“ (KMK-Beschluß vom 5. 10. 1990)\(^5\)


3.


\(^3\) Abgedruckt unter Beschluß Nr. 717
\(^4\) Vgl. Anm. 1
\(^5\) Abgedruckt unter Beschluß Nr. 716
sen sind, nicht die Möglichkeit haben, Vorbereitungsdienst und Zweite Staatsprüfung durch Bewährung in der Unterrichtstätigkeit zu ersetzen — wie dies die „Greifswalder Vereinbarung“ auf der Grundlage des Eingangsvertrages vor sieht; dies wird von den Betroffenen als unbillige Härte und Ungleichbehandlung verstanden.


Bei den hier angesprochenen Personen handelt es sich vorwiegend um solche mit DDR-Lehrerausbildung, die in eines der alten Länder übergesiedelt sind und hier Beschäftigung im Schuldienst suchen, oder/und denen in den neuen Ländern mangels Bedarf oder aus anderen Gründen gekündigt worden ist, oder/und für die die Anerkennung bzw. Zuordnung ihres Ausbildungsganges zu einer herkömmlichen Laufbahn für eine außerschulische Tätigkeit von Bedeutung ist.

Aus diesem Personenkreis steht i. d. R. zwar den „Diplomlehrern“ der Vorbereitungsdienst zumindest in den alten Ländern und damit prinzipiell auch die Möglichkeit offen, eine Laufbahn befähigung entsprechend den Vorschriften des in den Ländern geltenden Laufbahnrechts zu erwerben (vgl. Vereinbarung d)).


Auf der anderen Seite hat die Kultusministerkonferenz bei Verabschiedung der „Greifswalder Vereinbarung“ ausdrücklich betont, daß sie sich von der mit dem Einigungsvertrag verfolgten Zielsetzung der Freizügigkeit auf der Grundlage der Chancengleichheit für alle Deutschen im gesamten deutschen Staatsgebiet hat leiten lassen und in diesem Sinne und im Hinblick auf die weitere Festigung der inneren Einheit und Förderung des Zusammenwachens der Bildungssysteme in Deutschland für eine möglichst weitgehende status- und besoldungsmäßige Gleichstellung der Lehrkräfte mit DDR-Ausbildung eingetreten ist. Dem gleichen Grundgedanken ist der diesem Bericht zugrundeliegende Auftrag der Amtschefkonferenz verpflichtet und entsprechend dieser Maxime gilt es, trotz der vorstehend aufgeführten grundsätzlichen Bedenken für die unter Ziff. 3 näher charakterisierte Gruppe von Personen mit einer Lehr...

6) Abgedruckt unter Beschluß Nr. 718

5.  
Nachdem in der Frage einer unmittelbaren Einstellung in den Schuldienst kein Länderkonsens zu erreichen war, bieten sich nur noch folgende Lösungsvorschläge für Personen mit einer Lehrbefähigung als „Lehrer für untere Klassen“ an:

1. Bei vorliegendem Bedarf Beschäftigung im Angestelltenverhältnis entsprechend den Lehrer-Richtlinien der Tarifgemeinschaft deutscher Länder
   
   Die Länder haben bereits jetzt die Möglichkeit, auch Personen mit einer DDR-Ausbildung als „Diplomlehrer“ oder als „Lehrer für untere Klassen“ (als Lehrkräfte ohne die fachlichen und pädagogischen Voraussetzungen für die Übernahme in das Beamtenverhältnis) in einem Angestelltenverhältnis auf der Grundlage der Lehrer-Richtlinien der Tarifgemeinschaft deutscher Länder, Teil B, zu übernehmen.

2. Ggf. zeitlich befristete Übernahme in den Auslandsschuldienst als Programmlehrkraft entsprechend dem „Rahmenstatut für die Tätigkeit deutscher Lehrkräfte im Ausland“ (KMK-Beschluß vom 6. 5. 1994)7)
   

   
   Diese Möglichkeit besteht bereits jetzt für diejenigen Personen mit einer Lehrbefähigung als „Lehrer für untere Klassen“, die auch eine in der ehemaligen DDR abgeschlossene Ausbildung in einem Erzieherberuf nachweisen können; in diesem Bereich besteht derzeit und wohl auch künftig ein steigender Bedarf.

7) Abgedruckt unter Beschuß Nr. 1324  
8) Abgedruckt unter Beschuß Nr. 428.1
4. Anrechnung von Ausbildungsteilen im Rahmen eines neu aufgenommenen Lehramtstitiengangs

Bei Aufnahme eines Lehramtstitiengangs unter den Bedingungen des jeweiligen Landesrechts kann ggf. eine Anrechnung von Ausbildungsteilen auf zu erbringende Studienleistungen erfolgen.

5. Empfehlung einer finanziellen Förderung bei der Durchführung eines neu aufgenommenen Lehramtstitiengangs

Es wird vorgeschlagen, für Personen mit einer Lehrbefähigung als „Lehrer für untere Klassen“ bei Aufnahme eines Lehramtstitiengangs finanzielle Förderungsmöglichkeiten zu schaffen, die den Förderungen gemäß RAFöG entsprechen.


Damit die Zahl der Problemfälle für die alten Länder nicht erhöht wird, stellen die neuen Länder sicher, daß Lehrkräfte nur mit erfolgreicher Bewährungsfeststellung in das Lehreraustauschverfahren aufgenommen werden bzw. bei Entlassung aus Mangel an Bedarf nicht ohne Bewährungsfeststellung aus dem Schuldienst entlassen werden.